

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 42 (1963)
Heft: 9

Artikel: Die englische Arbeiterbewegung
Autor: Schelker, Markus
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337470>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

von mir verlangen, ihnen das richtige Bild oder wenigstens *ein richtigeres Bild* gegenüberzustellen. Das ist aber in einem Aufsatz nicht möglich, denn eine Skizze ohne Begründung hätte keinen Sinn.

So viel ist klar geworden: Man kann den Weg zum wirklichen jungen Marx nur durch eingehendes Studium finden. Dieses Studium lohnt sich. Denn der junge Marx ist zum Symbol einer geistigen Auseinandersetzung geworden, und *mit Symbolen kann man die Menschen verwirren, benebeln und überlisten*.

Wer die Wahrheit sucht, hat ein Interesse daran, statt geschichtlicher Symbole die wirklichen, lebensvollen Gestalten der Geschichte, und das sind Menschen mit Fehlern und Widersprüchen, kennenzulernen. Sie stehen uns viel näher als die aus Absicht oder aus frommen und unfrommen Wünschen zu-rechtgemachten Ideal- oder Schreckgestalten.

MARKUS SCHELKER

Die englische Arbeiterbewegung

Versuch eines historischen Abrisses

Der moderne Kapitalismus entstand in Theorie und Praxis zuerst in England. Adam Smith begründete die klassische Nationalökonomie, über deren Gesetzen jene «unsichtbare Hand» steht, die das Wirtschaftsgefüge stets im Gleichgewicht hält, wenn der Mensch bloß seinem natürlichen Profitstreben folgt. Zu dieser liberalen Theorie gesellte sich die Dampfmaschine, deren Wiege ebenfalls in England stand.

Schon gegen Ende des 18. Jahrhunderts setzte in England die Industrialisierung ein – und mit ihr jene Bevölkerungskonzentration in den Städten, die in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts gewaltige Formen annehmen sollte. Binnen vierzig Jahren (von 1801 bis 1841) verzehnfachte sich beispielsweise die Bevölkerung von Liverpool. Die Industrialisierung verproletarisierte Millionen von Menschen. In seinem berühmten Werk «Die Lage der arbeitenden Klasse in England» schilderte Friedrich Engels eindrücklich die soziale Misere jener Zeit. In keinem Land Europas vollzog sich die Industrialisierung unter so großen Menschenopfern wie gerade in England, doch setzte sie auch in keinem Land schon zu einem so frühen Zeitpunkt mit vergleichbarer Intensität ein. Diese Tatsachen müssen wir uns stets vor Augen halten, wenn wir die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung betrachten, die ebenfalls weiter zurückreicht als in irgendeinem andern Staat – mit Ausnahme Frankreichs.

Von den ersten Anfängen zum Chartismus

Schon gegen Ende des 18. Jahrhunderts entstanden in England verschiedene kleine Arbeitervereinigungen, von denen Thomas Hardys «Londoner Korrespondierende Gesellschaft» als Beispiel erwähnt sei. Keiner dieser Vereine erlangte allerdings große Bedeutung. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts spielten die sogenannten Luddisten (Maschinenzerstörer) eine gewisse Rolle. Sie wehrten sich recht handgreiflich gegen die Einführung von mechanischen Webstühlen, die ihre Existenz bedrohten. Die Kämpfe der Luddisten weiteten sich immer mehr aus und erreichten in den Jahren 1811/12 ihren Höhepunkt. Es kam zu verschiedenen Aufständen, derer sich die Regierung mit einer eigentlichen Terrorjustiz erwehrte. Die folgenden Jahre waren gekennzeichnet von einer knisternden sozialen Unrast, die sich in verschiedenen Volksaufständen niederschlug. Diese Aufstände und Massenversammlungen trugen zwar fast ausnahmslos lokalen Charakter, doch ließen sie den wachsenden Unwillen des Volkes über die reaktionäre Politik der Regierung klar erkennen. Die meisten der Demonstrationen standen im Zeichen des beginnenden Kampfes um das allgemeine Wahlrecht.

In diese Zeit fallen die Reformversuche von Robert Owen. Er gründete Musterfabriken und versuchte, seine Arbeitgeberkollegen zu betrieblicher Sozialpolitik zu bewegen. Wie wenig Owens Ueberredungsversuche damals fruchteten, braucht wohl hier nicht weiter dargelegt zu werden. Wenn auch Owen in seinen Betriebsreformplänen restlos scheiterte, so hinterließ er doch etwas, das zur Verbesserung des Loses von Millionen beitragen sollte: seine Genossenschaftstheorie. Die Genossenschaftsbewegung erlangte in England eine beträchtliche Bedeutung.

1832 nahm das Parlament unter dem Druck der Bevölkerung die sogenannte Reformbill an, durch die das Wahlrecht erheblich ausgedehnt wurde. Die Arbeiter, die gemeinsam mit dem Bürgertum für eine Wahlrechtsreform gekämpft hatten, gingen dabei leer aus, denn die Wahlberechtigung war an einen Zensus gebunden: Man mußte mindestens zehn Pfund Jahresmiete für seine Wohnung bezahlen. Diese Bedingung konnten die meisten Arbeiter nicht erfüllen. Das neue Wahlrecht lief damit praktisch auf ein Mittelstandswahlrecht hinaus. Von den über 6 Millionen männlichen Einwohnern, die mehr als 21 Jahre zählten, waren rund 840 000 wahlberechtigt! Nach diesem enttäuschenden Ausgang der Wahlrechtsreform entstand die Rotundistenbewegung, die für ein wirklich allgemeines Wahlrecht agitierte. Nach einer kurzen Blüte brach sie jedoch 1834 bereits wieder zusammen. Die 1833 von Owen und Fielden gegründete «Grand National Trade Union», die einen Generalstreik für den Achtstundentag proklamierte, wurde von der Regierung unterdrückt und verschwand ebenfalls bald wieder. 1834 verschärfte sich die Lage

der arbeitslosen Bevölkerung noch mehr, da die alten Armengesetze aufgehoben wurden, was eine drastische Reduktion der staatlichen Arbeitslosenunterstützung nach sich zog. Zuverlässigen Schätzungen zufolge verhungerten damals Zehntausende von Menschen, davon nicht wenige in den staatlichen Arbeitshäusern.

Inmitten dieser sozialen Hölle erwachte auch die Arbeiterbewegung wieder zu neuem Leben. 1836 gründete Lovett, ein Anhänger Owens, den Londoner Arbeiterverein. 1837 arbeitete Lovett eine Charter (Bittschrift) an das Parlament aus, in deren Zentrum die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht stand. Diese Charter – das Parlament lehnte sie sogleich ab – wurde Name und Programm einer politischen Bewegung. Der Chartismus breitete sich rasch aus, doch zeigte sich schon bei seinem ersten Kongreß, der 1839 in London zusammentrat, daß er alles andere als eine einheitliche Partei war. Bald bildeten sich zwei Fraktionen. Die Anhänger Lovetts vertraten einen demokratisch-reformistischen Kurs, während eine andere Gruppe unter Harney radikalen Ideen nachhing. Trotz diesen Gegensätzen entwickelte sich der Chartismus vorerst sehr gut. 1840 entstand eine nationale Dachorganisation, die «National Charter of Great Britain». Den rund 400 Ortsgruppen gehörten über 40 000 Mitglieder an. 1842 riefen die Chartisten zu einem Streik für das allgemeine Wahlrecht auf, der jedoch völlig erfolglos verlief. An äußerem Glanz nahm die Bewegung trotzdem weiter zu. 1847 wurde O'Connor als erster – und letzter – Chartist ins Unterhaus gewählt, aber dieser äußere Erfolg konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Chartismus seinen Höhepunkt bereits überschritten hatte. Anläßlich der Pariser Februarrevolution reichten die Chartisten eine Petition im Parlament ein und behaupteten, die Petition hätte 5 Millionen Unterschriften auf sich vereinigt. Bei der Nachprüfung durch das Parlamentssekretariat stellte sich heraus, daß die Unterschriftenbogen kaum 2 Millionen Unterschriften zählten, von denen sich zudem nicht wenige als gefälscht erwiesen. Diese Blamage leitete den Zusammenbruch der Bewegung ein. Wohl wurden noch verschiedene Kongresse abgehalten, die im Zeichen starker Richtungskämpfe standen. 1852 tagte der letzte dieser Kongresse, wobei die Teilnehmer nur noch feststellen konnten, daß der Chartismus zu völliger Bedeutungslosigkeit herabgesunken war.

Die Gründe für diesen Zusammenbruch dürften wohl hauptsächlich in den andauernden Fraktionskämpfen zu suchen sein, die den Chartismus gewissermaßen von der Wiege bis zur Bahre begleitet hatten. Zudem war die Charter als politisches Programm wohl doch etwas zu mager, um eine große Bewegung auf die Dauer zusammenzuhalten. Sekundär wirkte sich auch der rasche Konjunkturaufstieg, der Ende der vierziger Jahre in England einsetzte, gegen den Chartismus aus. 1846 wurden die Getreidezölle aufgehoben, wodurch sich natürlich die Lebenshaltung verbilligte. In den folgenden Jahren wirtschaft-

licher Prosperität nahmen auch die Gewerkschaften, die Trade Unions, rasch an Bedeutung zu. Im Unterschied zu den Chartisten verfolgten die Trade Unions hauptsächlich ökonomische Ziele.

Viele marxistische Autoren neigen dazu, die politische Bedeutung des Chartismus zu überschätzen. Es muß deshalb hier klar festgehalten werden, daß der Chartismus keinem seiner bedeutenden politischen Ziele zum Durchbruch verhelfen konnte. Die Überschätzung des Chartismus geht auf Marx selbst zurück, der in dieser Bewegung eine Frühform des Klassenkampfes sah. Nun stimmt es zwar, daß einige Chartistenführer gewisse Grundgedanken über die Klassenstruktur der Gesellschaft äußerten, die dem marxistischen Klassenschema ungefähr entsprechen. Auch wußten diese Leute bereits um die Bedeutung, die die Eroberung der politischen Macht für die Arbeiter besitzt, doch waren ihre Erkenntnisse nie Allgemeingut des Chartismus. Vielmehr huldigten die meisten ihrer Anhänger durchaus kleinbürgerlichen Idealen.

Die Entstehung der Labour Party

Nach dem Zusammenbruch des Chartismus gab es in England auf Jahre hinaus keine selbständige politische Arbeiterbewegung mehr, die an Umfang und Bedeutung dem Chartismus gleichgekommen wäre. 1845 entstanden zwar die «Fraternal Democrats», die enge Beziehungen zu den Brüsseler Demokraten unterhielten, doch war diese Bewegung für die englische Arbeiterschaft ebensowenig von Bedeutung wie die 1864 gegründete 1. Internationale. Die Trade Unions waren bis ins letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts hinein die einzigen bedeutenden Arbeiterorganisationen, doch befolgten sie keine eigenen politischen Ziele. Vielmehr standen sie mit den Liberalen in enger Beziehung. 1868 – ein Jahr nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts – gründeten die Trade Unions einen Dachverband, den «Trade Unions Congress», kurz TUC genannt. 1869 entstand die «Labour Representation League», ein gewerkschaftlicher Wahlverband, der vereinzelt Parlamentssitze erobern konnte. 1880 ging die League jedoch wieder ein. Von 1850 an nahmen die Gewerkschaften an Einfluß und Mitgliedern zwar stetig zu, doch waren sie organisatorisch viel zu stark zersplittert, als daß sie einen nationalen Machtfaktor hätten darstellen können. 1892 zählte der TUC nicht weniger als 1188 Einzelgewerkschaften mit total 1 509 532 Mitgliedern! Vergleichsweise gab es damals in Deutschland lediglich 50 Gewerkschaften, die jedoch weit über 2 Millionen Mitglieder zählten. In den Jahren nach 1880 gewann die Idee einer eigenständigen Arbeiterpartei wieder an Boden. Es entstanden verschiedene Gruppen und Föderationen, die betont sozialistisches Gedankengut vertraten, das bisher in England praktisch unbeachtet geblieben war. So gründete etwa Hyndman die «Social Democratic Federation» (SDF),

die stark marxistisch orientiert war. Der Einfluß der SDF, die eher ein Intellektuellenzirkel als eine Arbeiterpartei war, blieb sehr beschränkt. Ein zweiter sozialistischer «Intelligenzverein» entstand 1884. Er wurde von den Webbs und von G. B. Shaw unter der Bezeichnung «Fabian Society» gegründet – und sollte im 20. Jahrhundert zu einem der bedeutendsten geistigen Zentren der Labour Party werden. Der eigentliche Impuls zur Gründung einer sozialdemokratischen Massenpartei ging jedoch nicht von einer der genannten Gruppen aus, sondern von den schottischen Bergarbeitern. Seit 1879 besaßen die schottischen «Miners» in Keir Hardie einen Führer von glänzendem Format. Dieser organisierte einige große Streiks im schottischen Bergbau. Wie die meisten Gewerkschaftsführer, war auch Hardie erst Mitglied der Liberalen Partei gewesen, bis er sich Ende der achtziger Jahre zum überzeugten Sozialisten wandelte. 1889 gründete er in Schottland die «Independent Labour Party» (ILP). Schon bei den Unterhauswahlen von 1892 konnte die Partei zwei Sitze erobern. Hardie und Burns zogen ins Parlament ein. 1893 wurde die ILP zu einer gesamtenglischen Partei. Sie kämpfte für ein sozialistisches Programm, das zwar nicht so dogmatisch war wie die Programme der kontinentalen Parteien, aber ähnliche konkrete Forderungen enthielt. Dieser Partei trat auch J. Ramsey MacDonald bei, der die ersten beiden Labourregierungen führen sollte. Bei den Wahlen von 1895 verlor zwar die ILP ihre Unterhaussitze wieder, doch hatte sie in viel mehr Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt und teilweise ganz beträchtliche Stimmenzahlen erhalten. Keir Hardie reiste als unermüdlicher Agitator durchs ganze Land und organisierte überall neue Lokalgruppen seiner Partei. Die ILP gewann ständig neue Mitglieder.

Auch in den Reihen der Trade Unions dämmerte langsam das Bewußtsein, daß es mit der bisher praktizierten Allianz mit den Liberalen nicht mehr lange weitergehen könnte. Am TUC-Kongreß von 1899 wurde über die Frage einer unabhängigen Arbeitervertretung im Parlament diskutiert. Die Frucht dieser Debatte war das «Labour Representative Committee» (LRC). Dieses Komitee vereinigte die Trade Unions, die ILP, die Fabian Society sowie einige kleinere sozialistische Parteien. Das Komitee beteiligte sich an den Wahlen von 1900, doch wurden nur zwei seiner Kandidaten – darunter Keir Hardie – gewählt, während noch immer zehn liberale Arbeitervertreter ins Unterhaus einzogen. Noch arbeitete das LRC mit den Liberalen zusammen, doch lockerten sich diese Bindungen mehr und mehr, bis es 1914 zum endgültigen Bruch kam. Verschiedene Antigewerkschaftsgesetze (Taff Vale Acts), die im Gefolge des Burenkrieges entstanden, vermochten das rasche Erstarken der neuen Partei nicht zu hemmen. In den Wahlen von 1906 trat sie zum erstenmal unter dem Namen «Labour Party» auf. Dieses Mal konnte sie 30 Abgeordnete ins Parlament delegieren. Bei den Wahlen von 1910 erhöhte sich die Mandat-

zahl auf 42. In den folgenden Jahren bis zum Krieg erlitt Labour einige Nachwahniederlagen. Diese Mißerfolge rührten nicht zuletzt daher, daß der Partei klare politische Richtlinien fehlten. Die Gesamtpartei verfolgte kein eigentliches sozialistisches Programm. Lediglich einige der ihr angeschlossenen Parteien bekannten sich als sozialistisch, doch standen sie an Einfluß weit hinter den mächtigen Gewerkschaften zurück. 1914 zählte die Labour Party 1,6 Millionen Mitglieder, die den Trade Unions angehörten, 30 000 ILP-Mitglieder sowie 3300 Fabier und 10 000 Parteigänger der British Socialist Party (BSP). Diese Zahlen basieren auf den Beitragsquoten, die die einzelnen Gruppen an die Labour Party bezahlten. Die effektiven Mitgliederbestände waren jedoch erheblich größer. Damals konnte man noch nicht direkt Mitglied der Labour Party werden, sondern man mußte, wollte man zu ihr gehören, einer der assoziierten Gesellschaften beitreten.

Die Reorganisation von 1918

Als England am 4. August 1914 Deutschland und Österreich den Krieg erklärte, wurde dieser Regierungsbeschluß auch von den Labourvertretern im Parlament unterstützt. Dadurch ergaben sich innerhalb der Partei gewisse Spannungen mit dem pazifistischen Flügel, die jedoch bald wieder abflauten. In Arthur Henderson besaß Labour einen Leader von außergewöhnlichen Qualitäten. Im Mai 1915 berief ihn der liberale Premier Asquith in sein Kabinett. Nach dem Sturz von Asquith gehörte Henderson auch während einiger Zeit dem Kabinett Lloyd George an, doch trat er 1917 aus der Regierung aus, weil dort seine positive Einstellung zu einer geplanten sozialistischen Friedenskonferenz in Stockholm auf Ablehnung stieß. Bis zum Ende des Krieges gehörte ein anderes Mitglied der Labourfraktion der Regierung an. Im November 1918, also unmittelbar nach dem Waffenstillstand, beschloß Labour den sofortigen Austritt aus der Koalition, um die politische Unabhängigkeit der Partei wiederherzustellen. Damals hielt auch G. B. Shaw seine berühmte Rede, in welcher er eine geistige Neuorientierung der Partei forderte. Shaws Ruf war nicht die Stimme eines einsamen Rufers in der Wüste, sondern er sagte das, was viele andere auch dachten. Bereits während des Krieges hatten Henderson und Sidney Webb ein neues Parteistatut ausgearbeitet. Dieses Statut – es wurde 1918 von der Parteikonferenz genehmigt – verhalf Labour zu einer erheblich strafferen Organisation. Die Lokalgruppen der Partei wurden überall verstärkt, eine große Frauenorganisation bildete sich heran. Auch ermöglichte das neue Parteistatut nunmehr die Einzelmitgliedschaft. Mit «Labour and the New Social Order» schuf sich die Labour Party ein klares politisches Programm auf sozialistischer Grundlage. Es umfaßte im wesentlichen folgende Punkte: Sozialisierung gewisser Industriezweige, öffentliche Arbei-

ten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Emanzipation der Frau auf politischer Ebene, staatlicher Gesundheitsdienst, Verstaatlichung der Eisenbahnen, der Elektrizitätswerke sowie der Kohlen- und Eisenproduktion. In der Gestaltung dieses Programmes hatten die Fabier an maßgebender Stelle mitgearbeitet. Für sie war der Sozialismus keine Theorie des Klassenkampfes, sondern einfach das Produkt rationaler humanistischer Denkweise. Auf internationaler Ebene trat Labour nach dem Krieg viel stärker hervor. In der Internationale spielte Labour eine führende Rolle.

In den Jahren 1921/22 stieg in England die Arbeitslosigkeit dauernd an. Zeitweise waren über 2 Millionen Menschen ohne Arbeit. Die Regierung ergriff kaum Maßnahmen, um der Krise zu steuern. Bei den Wahlen von 1922 erhielt Labour über 4 Millionen Stimmen und 142 Sitze. Bereits Ende 1923 mußten erneut Wahlen ausgeschrieben werden. Labours Mandate kletterten auf 192. Da die Liberalen der konservativen Regierung ihre Unterstützung entzogen, wurde diese in Minderheit versetzt. Daraufhin beauftragte der König den Labour-Leader J. Ramsay MacDonald mit der Bildung einer neuen Regierung. So kam es 1924 zum

ersten Labourkabinetts

Dieses Minderheitskabinetts war jedoch nicht sehr erfolgreich. Es bedurfte, um überhaupt lebensfähig zu sein, der parlamentarischen Unterstützung der Liberalen und konnte deshalb keine einzige auch nur halbwegs sozialistische Maßnahme verwirklichen. Bereits nach einem halben Jahr erhielt diese flügel-lahme Regierung den Todesstoß. Als sie im Unterhaus eine Vorlage für eine Anleihe an Sowjetrußland einbrachte, geriet sie in Minderheit. Wieder kam es zu Neuwahlen. Labour verlor 40 Sitze. Noch schlimmer erging es den Liberalen, deren Fraktion von 158 auf 42 Mitglieder zusammenschmolz. Labours Wahlniederlage war nicht zuletzt auf die Tatsache zurückzuführen, daß auch die Regierung MacDonald nicht imstande gewesen war, die Arbeitslosigkeit einzudämmen. Unter der konservativen Regierung, die dem Labourkabinetts nachfolgte, stiegen die sozialen Spannungen noch weiter an. Die Regierung verkündete im Juli 1925 ein Sparprogramm, das hauptsächlich aus Lohnsenkungen bestand und nicht unbedingt zur Verbesserung des Sozialklimas beitrug. Am ausgeprägtesten wirkte sich die wirtschaftliche Krise im Bergbau aus, da die steigende Kohlenproduktion des Ruhrgebietes die Weltmarktpreise drückte. Die Zahl der Arbeitskonflikte stieg ständig an. Im Mai 1926 kam es sogar zu einem neuntägigen Generalstreik zugunsten der Bergarbeiter. Die Miners selbst streikten über sechs Monate lang, doch war all diesen Streiks kein greifbarer Erfolg beschieden. Die Regierung benützte die Streikwelle, um einige neue antigewerkschaftliche Gesetze zu erlassen, die «Trade Unions Acts» von 1927. Diese Gesetze richteten sich hauptsächlich gegen die Finanz-

basis der Labour Party, indem sie die Verwendung bestimmter Gewerkschaftsgelder zu politischen Zwecken untersagten. Gleichwohl errang die Partei an den Wahlen von 1929 einen glänzenden Sieg. Sie erhielt über 8,3 Millionen Stimmen und 288 Mandate. Zum erstenmal wählten auch die Frauen mit. Labour war zur stärksten Partei des Landes geworden, doch fehlten noch rund 30 Mandate zur absoluten Mehrheit. So war denn auch die zweite Labour-Regierung ein Minderheitskabinett. An der Spitze dieser Regierung, die vom Juni 1929 bis zum August 1931 im Amt blieb, stand wiederum J. Ramsay MacDonald. Man kann nicht behaupten, daß dieses Kabinett viel erfolgreicher gewesen sei als das erste. Die internationale Wirtschaftslage verschlechterte sich zusehends. Englands Finanzsituation wurde immer bedenklicher, die Arbeitslosigkeit nahm rasch zu. Während man im Juni 1929 1,16 Millionen Arbeitslose zählte, waren es im Juli 1931 2,75 Millionen! Mit all diesen Problemen konnte die Regierung nicht fertig werden. Einzig in der Außenpolitik hatte sie gewisse Erfolge zu verzeichnen. Arthur Henderson, der an Persönlichkeit und Charakter MacDonald weit überragte, erwarb sich als glänzender Außenminister bald internationale Achtung. Seine außenpolitischen Erfolge konnten indes der Regierung nicht aus ihren innenpolitischen Schwierigkeiten heraushelfen.

Die Labour Party stellte zudem in jenen Jahren nicht gerade jenes Bild der Einheit dar, das für sie angesichts der politischen Situation vorteilhaft gewesen wäre. Sir Oswald Mosley verließ mit viel Spektakel die Partei, um nach allerhand Umwegen seine Nazi Party auf England loszulassen. Außerdem machte die ILP in notorischer Opposition zur offiziellen Parteipolitik. Im August 1931 bot MacDonald dem König den Rücktritt seiner Regierung an, doch lehnte dieser ab und betraute MacDonald mit der Bildung einer nationalen Regierung. MacDonald tat, was ihm der König vorgeschlagen hatte, ohne vorher die übrigen Labourparlamentarier konsultiert zu haben. Dieses Vorgehen führte zu einer eigentlichen Parteispaltung. Eine Minderheit unterstützte die Haltung MacDonalds, während die Mehrheit sie strikte ablehnte. Die Anhänger MacDonalds bildeten eine eigene Partei, die «National Labour», die weiterhin in der Regierung verblieb. MacDonald hatte sich in dieser Situation wahrhaft nicht als der große Politiker gezeigt, der er zu sein wähnte. Mit seiner von persönlicher Eitelkeit getragenen Haltung leistete er Labour einen denkbar schlechten Dienst. In dieser chaotischen Situation mußte Labour in den Wahlkampf von 1931 ziehen. Neben National Labour trat auch die ILP als selbständige Gruppe auf. Die Wahlen endeten mit einer katastrophalen Niederlage Labours. Die Partei verlor über 2 Millionen Stimmen und von ihren 288 Mandaten deren 242! Zu den 46 verbliebenen Abgeordneten Labours kamen noch 13 National-Labour-Vertreter und drei ILP-Leute. Die Konservativen gingen als große Sieger aus diesen Wahlen hervor.

1932 trennte sich die ILP offiziell von der Labour Party. Zahlreiche ILP-Mitglieder verließen jedoch ihre Partei und gründeten zusammen mit dem New Fabian Research Bureau die «Socialist League», die Labour – wenigstens vorerst – treu blieb. Unter der Führung Hendersons und später Lansburys begann sich Labour langsam wieder zu erholen. Die Partei nahm eine sehr klare Haltung gegenüber allen diktatorischen Bestrebungen von rechts und von links ein. Dies war um so nötiger, als 1933 einerseits die ILP und die Kommunisten eine offene Volksfrontpolitik betrieben, andererseits Mosley sein braunes Unwesen trieb. 1935 ging die alte nationale Regierung zu Ende. MacDonald, der nach den Wahlen von 1931 Premier einer hauptsächlich konservativen Regierung geblieben war, wurde in die Wüste geschickt und durch Baldwin ersetzt. Im gleichen Jahr löste Attlee den pazifistisch eingestellten Lansbury als Labourleader ab. Bei den Wahlen von 1935 konnte die Labour Party einen Teil der Verluste von 1931 wieder wettmachen. Sie erhielt 154 Mandate. Eine schwere Niederlage mußten die Liberalen einstecken, die auf 37 Sitze zurückfielen.

Vom Frieden zum Krieg

Als sich seit der Mitte der dreißiger Jahre die internationale Situation immer mehr verschlechterte, mehrten sich auch in der Labour Party die Stimmen, die eine Wiederaufrüstung Englands forderten. Die Ereignisse in Abessinien und die Besetzung des Rheinlandes durch Hitler öffneten vielen die Augen über das, was bevorstand. Labour trat für eine Intervention im Spanischen Bürgerkrieg zugunsten der Republikaner ein. 1937 gab die Partei die Schrift «International Policy and Defence» heraus, welche indirekt eine Wiederaufrüstung befürwortete. Im gleichen Jahr wurde die Socialist League aus der Partei ausgeschlossen, weil sie der Volksfront beigetreten war. Nach dem Abkommen von München forderte Labour den Rücktritt der Regierung Chamberlain. Auch innerhalb der Konservativen Partei selbst war Chamberlain kein unumstrittener Mann mehr. Um Churchill und Eden sammelten sich immer mehr Anhänger eines Krieges gegen Deutschland. 1939 forderte Labour einen Verteidigungspakt mit der Sowjetunion, ohne allerdings mit diesem Vorschlag durchzudringen. Wenige Wochen später unterschrieben Stalin und Ribbentrop in Moskau den Stahlpakt . . .

Als der Krieg schließlich ausbrach, unterstützte Labour die Mobilisationspläne der Regierung. In einer Rede zu Beginn des Jahres 1940 forderte Attlee einen Krieg bis zur bedingungslosen Kapitulation Deutschlands. Am 10. Mai 1940 stürzte Churchill mit Hilfe Labours die Regierung Chamberlain. Zwei Tage später bildete Sir Winston seine historisch gewordene nationale Regierung, der als Labourvertreter Attlee, Bevin, Morrison und Greenwood angehörten. Churchill war zwar nie ein großer Freund Labours gewesen –

1927 hatte er maßgeblich an den Trade Unions Acts mitgearbeitet –, doch nun erkannte er, daß er nur zusammen mit Labour jene im ganzen Volk verwurzelte Regierung schaffen konnte, derer das Land in seinen schwersten Jahren bedurfte. Die neue Regierung führte sofort massive Steuererhöhungen für hohe Einkommen ein. Im Rahmen der Kriegswirtschaft wurden den Gewerkschaften zahlreiche wichtige Verwaltungs- und Sozialaufgaben übertragen. Schon seit 1943 begann man sich in Labourkreisen intensiv mit der Nachkriegszeit zu beschäftigen. Zahlreiche Untersuchungen über die verschiedensten politischen und sozialen Probleme, die die Nachkriegszeit stellen könnte, wurden angestellt. Die Parteikonferenz von 1944 legte die Richtlinien fest, nach denen die Nachkriegspolitik geführt werden sollte. Anfangs 1945 erschien unter dem Titel «Let us face the Future» ein sehr detailliertes Regierungsprogramm für den Fall, daß die Wähler Labour an die Macht bringen würden.

Sechs Jahre Regierung – wieviel Jahre Opposition?

Die Hoffnungen Labours auf einen Wahlsieg sollten sich in reichem Maße erfüllen. 12 Millionen wählten 1945 Labour, während 10 Millionen für die Tories stimmten. Mit 393 Sitzen besaß Labour zum erstenmal die absolute Mehrheit. Die neue Regierung unter Clement Attlee ging bald daran, Labours Wahlversprechen einzulösen. Die Wirtschaft auf dem Stande der Vollbeschäftigung zu halten, stellte kein so großes Problem dar, wie man eigentlich erwartet hatte, da die Konjunktur nicht abflaute. Hingegen geriet Englands Zahlungsbilanz aus dem Gleichgewicht, was jedoch nicht etwa auf Verstaatlichungsmaßnahmen zurückzuführen war, sondern auf einen Devisenmangel, dessen Ursachen im Verlust vieler Auslandsinvestitionen und im Stopp der amerikanischen Lend-Lease-Lieferungen zu suchen sind. England geriet in eine eigentliche Finanzkrise. Obgleich zuzugeben ist, daß die Regierung Attlee in Finanzfragen nicht immer eine sehr glückliche Hand hatte, kann man ihr nicht einfach die ganze Schuld für die Zahlungsbilanzschwierigkeiten in die Schuhe schieben. Auch wenn es der Regierung nicht gelang, diese Finanzkrise befriedigung zu lösen, so führte sie doch eine ganze Reihe von Reformen durch, die teilweise bis heute in Kraft geblieben sind. Unter diesen Reformen dürfte wohl der staatliche Gesundheitsdienst am bekanntesten geworden sein. Das Sozialversicherungswesen wurde stark ausgebaut. Die Nationalisierungsversprechen des Wahlprogrammes erfüllte die Regierung in vollem Umfange (Stahl-, Treibstoff-, Energie- und Transportwirtschaft).

Wie schon 1929 bis 1931, so machten sich auch während der Zeit der dritten Labourregierung innerhalb der Partei starke Meinungsverschiedenheiten bemerkbar. Der linke Flügel protestierte scharf gegen die Intervention Großbritanniens in Griechenland, wo kommunistische Partisanen die Regierung zu

beseitigen suchten. Zudem wurden gegen Ende der vierziger Jahre, als sich die Zweiteilung Europas langsam abzuzeichnen begann, im Schoße der Partei neutralistische Tendenzen spürbar, die sich in den folgenden Jahren noch verstärken sollten. In den Wahlen von 1950 verlor Labour knapp die absolute Mehrheit. Attlees Regierung konnte sich noch einige Zeit behaupten, doch mußten bereits 1951 wiederum Neuwahlen ausgeschrieben werden, die einen weiteren Rückgang der Labourmandate auf 295 brachten. Damit war das Schicksal der Regierung besiegelt. Attlee blieb bis 1955 Oppositionsführer, dann wurde er von Hugh Gaitskell abgelöst. Der damals aufkeimende Streit um die Atomwaffenfrage lähmte die Partei auf Jahre hinaus. In den Wahlen von 1955 und 1959 mußte sie weitere Mandate abgeben. Von etwa 1960 an begann sich die Partei langsam wieder zu stabilisieren. Gaitskell gelang es, die Atomtodkampagne, die beinahe die Partei getötet hätte, aus dem Zentrum der Parteipolitik zu verdrängen. Auch stärkte der Ausschluß der kommunistisch gelenkten Elekrikergewerkschaft die Einheit der Partei. In den letzten Monaten konnte Labour mehrere Nachwahlsiege verbuchen. Leider verlor die Partei vor kurzem ihren Leader Hugh Gaitskell, dem sie zu einem guten Teil ihr politisches Come-bak verdankt. Doch auch unter der neuen Führung von Harold Wilson hat Labour gute Aussichten, die nächsten Wahlen zu gewinnen. Die jüngsten Ereignisse in England haben diese Aussichten so sehr verbessert, daß man fast von einer Wahrscheinlichkeit sprechen darf.

Hauptsächlich benützte Literatur: Beer, Max: «Geschichte des Sozialismus», Berlin 1932. Cole, G. D. H.: «A History of the Labour Party from 1914», London 1948. Engels, Friedr.: «Lage der arbeitenden Klasse in England», Stuttgart 1892. Rothstein, Th.: «Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in England», Berlin 1929. Stewart, W.: «J. Keir Hardie», Zürich 1945.